

Offenes Deutschland: Grüne als Einwanderungspartei

Wilfried Müller am 3.12.2020

Mit einiger Wahrscheinlichkeit steht Deutschland eine Bundesregierung bevor, an der die Grünen beteiligt sind. Das lenkt einiges Interesse auf das neue Grundsatzprogramm der Partei. Hier wird auf das Programm inhaltlich eingegangen, ohne Spekulationen über grüne Kanzlerkandidaten und sonstige Personalfragen anzustellen (https://cms.gruene.de/uploads/documents/20201124_vBeschluss_GSP.pdf)

In den Medien wurden vor allem soziale und klimabezogene Punkte besprochen, Beispiele:

- Garantiesicherung statt Hartz IV,
- bedingungsloses Grundeinkommen,
- Auf den 1,5-Grad-Pfad kommen,
- 100 Prozent erneuerbare Energien,
- Ausstieg aus allen fossilen Ressourcen,
- Landwirtschaft ökologisch umbauen,
- keine komplette Absage an Gentechnik mehr,
- keine bundesweiten Volksabstimmungen, aber Bürgerräte,
- Senkung des Wahlalters,

Was weniger thematisiert wurde, waren kritische Punkte wie:

- Europäisches Parlament ermächtigen zur Budgetkontrolle mit eigenen Steuern,
- Kampf gegen Rassismus (der in dem Programm als omnipräsent gesehen wird und nur in Konnotation mit Rechtsextremismus vorkommt. Ein einziges Mal ist die Rede von *Islamismus und jede andere Form von religiösem Extremismus*, von Linksextremismus keine Rede.)

Das Thema Einwanderung kommt im medialen Mainstream fast gar nicht vor. Ein Scan des Programms bringt u.a. die folgenden Punkte.

Zitate aus dem grünen Grundsatzprogramm (Hervorhebungen vom Verfasser)

- (186) ... **In einem offenen Deutschland werden alle von allen als dazugehörig anerkannt und können sich zugehörig fühlen.** Neuankommende erhalten Unterstützung für ihr Ankommen.
- (187) Migration gehört zu unserem Alltag, sie prägt und verändert unsere Gesellschaft auf allen Ebenen. Die Einwanderungsgesellschaft wird in Zukunft noch pluraler sein als sie es bereits heute ist. In ihr wird niemand wie selbstverständlich als "Mensch mit Migrationshintergrund" behandelt oder auf eine eventuelle Migrationsgeschichte reduziert **und Teilhabe, Rechte, Zugehörigkeit und soziale Positionen werden stets neu ausgehandelt. Eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft erfordert die gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migranten. Sie ist als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern.**
- (188) Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind, sollen einen **erleichterten Rechtsanspruch auf Einbürgerung** haben. Die Staatsangehörigkeit soll ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicherstellen. **Dazu gehören die Ermöglichung von doppelter Staatsangehörigkeit und die Ausweitung des Geburtsrechts.** Die deutsche Staatsangehörigkeit soll durch Geburt im Inland erworben werden können, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Mehrstaatigkeit bildet die Lebensrealität vieler Menschen ab. Die Staatsangehörigkeit darf auch als Lehre aus dem nationalsozialistischen Unrecht nicht einfach entzogen werden. **Auch wer keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, aber hier seinen Lebensmittelpunkt hat, hat das Recht auf politische Teilhabe.**
- (265) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn Millionen Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden. Die Jugend ist politisch. Gleiches gilt für die vielen Menschen, **die nicht wählen dürfen, obwohl sie hier leben** und Teil unserer Gesellschaft sind. Entsprechend wollen wir Wahlhürden schrittweise abbauen, das Wahlalter deutlich absenken und weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausbauen.
- (298) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen. Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler, rechtlicher Gleichheit für viele Bürgern Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, durch Vielfalt und Repräsentanz sowie **mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu sorgen, dass staatliche Strukturen alle Bürgern schützen und gleich behandeln.** Dabei bedarf es der Expertise von und der Unterstützung durch rassismuskritische und postmigrantische Organisationen.

- Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales Vorgehen gibt, kann so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und Migrationspolitik vorangegangen werden.
- ... Die migrantische Perspektive ist auch in außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen zu integrieren.
- (422) Migration hat es in der Menschheitsgeschichte immer gegeben. Sie ist und war stets Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Austausch und Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Migration prägt und verändert seit Jahrhunderten auch unsere Gesellschaft und unseren Alltag auf allen Ebenen. Die Möglichkeit zu migrieren oder in der Heimat zu bleiben, darf nicht das Privileg weniger Menschen bleiben. Um globale Abschottung zu beenden sind die Grundlagen zu schaffen. Unsere Demokratie ist keine, in der Zugehörigkeit auf Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns gemeinsam darüber verständigen, wie wir zusammenleben wollen. Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen sind darin abzubauen und Rassismus wird aktiv und entschlossen bekämpft. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.
- (423) Migration ist globale Realität und braucht globale Regelungen. So stärken internationale Vereinbarungen, wie der Globale Pakt für Migration die Rechte und die Freiheit von Menschen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, arbeiten oder zur Schule gehen. Sie sind Grundlage für die internationale Verständigung zum rechthebasierten Umgang mit Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. **Der gleichberechtigte Anspruch von Migranten zur Durchsetzung ihrer Rechte muss national und europäisch verbindlich umgesetzt werden.**
- (424) **Deutschland ist ein Einwanderungsland**, Europa ein Kontinent der Migration. Deshalb braucht es sichere Zugangswege und ein Einwanderungsgesetz, das faire und diskriminierungsfreie Kriterien für Einwanderung definiert. Das schließt ein Recht auf Familienleben mit ein sowie dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem Herkunftsland und dem Wohnort hin- und herreisen können. **Menschen, die hier leben, sollen schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen.** Dafür braucht es ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das mehrere Staatsbürgerschaften ermöglicht.
- (425) ... Der Globale Pakt für Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu gestalten und die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale Umgang mit Geflüchteten rechthebasiert weiterentwickelt werden.
- (426) Egal wo jemand herkommt, egal wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein Mensch in Seenot ist: Menschen sind aus Lebensgefahr zu retten und an einen sicheren Ort zu bringen. ...
- (427) Die Klimakrise zwingt immer mehr Menschen zu Migration und Flucht, bereits bestehende Konflikte werden weiter verschärft. Insbesondere der globale Süden ist davon betroffen. Ziel muss sein, durch Klimaschutz, -finanzierung und -anpassung zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen ihre Heimat verlassen müssen. Wenn Menschen die Staatenlosigkeit droht oder sie dauerhaft ihre Heimat verlieren, brauchen sie Möglichkeiten zur würdevollen, frühzeitigen, selbstbestimmten und sicheren Migration. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus. **Insbesondere Staaten, die historisch wie aktuell den Großteil klimaschädlicher Gase emittieren, müssen sich an einem globalen Ausgleich der Klimafolgen, Schäden und Verluste sowie der Schaffung sicherer und würdevoller Migrationswege beteiligen.**
- (428) Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebel, fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss Ausnahme sein. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein sicheres Bleiberecht. Kein Mensch ist illegal, daher sollten Abschiebungen stets das letzte Mittel sein.
- (430) Nicht jeder hat das Recht auf Asyl, aber jeder hat das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige Unterbringung und Behandlung...
- (431) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperationen und Solidarität mit Nachbarstaaten und weiteren Aufnahmeländern notwendig. **Die Möglichkeit zu fliehen sowie in Deutschland und Europa Schutz zu suchen, darf jedoch nicht durch Kooperationen mit Drittstaaten erschwert werden** und Kooperationen dürfen nicht zu Menschenrechtsverletzungen führen. Besonderen Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder, LGBTIQ*, alte und kranke Menschen.
- (433) Im Zentrum unserer Asyl- und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen nicht zur Flucht gezwungen werden.

Soweit die Zitate aus dem grünen Grundsatzprogramm.

Anmerkungen des Verfassers

Der Schlußsatz 433 ist bezeichnend für das Programm, denn er macht klar, wo das Ziel der Obsorge liegt: Es ist die Welt, nicht Deutschland. So etwas wie Besitzstandswahrung der deutschen Bevölkerung kommt nicht vor, wie auch deren Interessen generell hintangestellt werden, zugunsten von höheren Werten wie Klima und Migration.

Der Punkt 298 spricht klar dafür, dass der Migrationspakt verbindlich eingeführt werden soll. Zudem ist mit *Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu sorgen*, dass alle vom Staat gleich behandelt werden. Punkt 422 sagt, *jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit*. Was er nicht sagt ist, dass das auf unsere Kosten verwirklicht werden soll. Dass die deutsche Bevölkerung es bezahlen soll, ist so selbstverständlich, dass es gar nicht erwähnt wird. Es soll auch niemand gefragt werden, es reicht, wenn die Grünen (oder die CDU oder die SPD oder die Linken) gewählt werden, auch wenn es im Parteiprogramm nur dezent angedeutet wird.

So etwas wie Pflichten der Migranten kommen in dem Programm nicht vor. Der Schlußsatz 433 insinuiert ja auch, Migration wäre immer erzwungen, und es gäbe keinerlei Selbstverantwortung.

Wie die Migrantenhilfe vonstatten gehen soll, ist mehrfach artikuliert. Satz 424 sagt, *Menschen, die hier leben, sollen schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen* - sinngemäß zu ergänzen mit *statt Abschiebungen durchzusetzen*.

Satz 426 befasst sich mit Seenotrettung und impliziert unausgesprochendermaßen, dass die Geretteten nach Europa gebracht werden sollen. Dass sie sich mutwillig in Seenot bringen, wird explizit ausgeklammert, der Grund für die Seenot ist egal.

In Satz 427 wird die Schuld auch den westlichen Staaten zugeschoben. Wer die klimaschädlichen Gase emittiert, soll einen globalen Ausgleich für Klimafolgen und Migration zahlen. Keine Rede von Übervölkerung und Raubbau an der Natur zuhause. Im Sudan gab es z.B. vor 100 Jahren noch Wald und Grünland, und vor 50 Jahren waren Wald und Wiesen weg. Aber nicht wegen Klimaänderung, sondern wegen Überweidung durch zu große Viehherden und wegen Abholzung durch zuviele Menschen. Von dieser Selbstzerstörung ist ebensowenig die Rede wie von Selbstverantwortung.

Diese Ignoranz wird in dem Programm festgeschrieben, denn nirgends ist die Rede von der Problemursache Nummer eins, der Übervölkerung, geschweige denn, dass irgendwas dagegen unternommen werden soll. Es soll gegen die Symptome angegangen werden, nicht aber gegen die Ursache.

Ähnliche Ignoranz kommt in Satz 428 zum Vorschein. die Menschen *brauchen ein sicheres Bleiberecht*. Was mit den illegal Eingereisten, die trotzdem bleiben, passieren soll, wird offen gelassen, außer dass Abschiebungen *stets das letzte Mittel* sind und in *Kriegs- und Krisengebiete* ganz verboten sind. Da kann man nur den Satz *kein Mensch ist illegal* ergänzen, wie er gemeint ist: kein Mensch ist illegal *hier*.

In Satz 430 wird jedem zugestanden, dass *jeder das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige Unterbringung und Behandlung* haben soll, auch wenn *nicht jeder das Recht auf Asyl* hat. Nachdem die Abgelehnten auch dableiben, muss die *würdige Unterbringung und Behandlung* aller Asylmigranten dazu führen, dass alle als *dazugehörig und anerkannt* gelten sollen, wie in Satz 186 formuliert ist. In Satz 265 wird das Wahlrecht für sie gefordert, mit der Begründung, dass sie hier leben, egal mit welchem Status. Satz 431 sagt denn auch, dass alle Hindernisse aus dem Weg geräumt werden sollen. Alle sollen *die Möglichkeit haben zu fliehen, sowie in Deutschland und Europa Schutz zu suchen*.

Leuten, die hauptsächlich vor den Folgen ihrer Bevölkerungsvervielfachung zuhause fliehen, soll hier eine Kinderprämie geboten werden. Satz 188 sagt, sobald *ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat*, sollen die in Deutschland geborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen. Was natürlich bedeutet, dass auch die Elten auf Dauer bleiben, ebenso die woanders geborenen Geschwister.

Warnung vor den deutschen Grünen

Das Programm lässt sich in Bezug auf die Migration so lesen, dass es nicht so krass gemeint ist, wie es hier interpretiert wird. Es lässt aber allemal die Auslegung zu völliger Offenheit für alle Zuzugswilligen zu, und wenn sie mal da sind, dann sorgt es für Bleiberecht. Es ist keine explizite Einladung, aber es winkt mit vielen Willkommensgeschenken. Es ist ein Versprechen der wohlwollenden Tolerierung für alle, die herkommen wollen, und zwar ohne dass danach gefragt wird, wie sie sich selber helfen können. Die Hereinkommenden haben aus grüner Sicht keine Verantwortung; die Verantwortung für alle Mühseligen und Beladenen der Welt wollen die deutschen Grünen uns aufbürden.

Wer grün wählt, sollte wissen, was für eine Geisteshaltung er damit unterstützt:

- Die deutschen Grünen wollen mit unserem Geld die Welt retten. Sie laden alle Menschen der Welt zu uns ein, die sich aus egal welchen Gründen zur Emigration veranlasst ("zur Flucht gezwungen") sehen.
- Diese Menschen sollen nach Deutschland und Europa kommen, wo sie eine bunte Gesellschaft bilden sollen, egal ob sie integrationsfähig und -willig sind. In dieser Hinsicht werden ihnen keinerlei Pflichten auferlegt.
- Der deutschen und europäischen Bevölkerung aber schon. Sie muss das nicht nur bezahlen, sie soll darauf eingestimmt werden, dass der Staat ungeachtet ihres Status' alle gleich behandelt, mit *Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring*. Das ist zu übersetzen in Bevormundungsprogramme und Überwachung.

Die Grünen wissen natürlich, dass das Asylverfahren eine Farce ist, weil auch die Abgelehnten bleiben - alle bleiben, alle sollen wählen dürfen. Der Anerkennungsstatus spielt in den grünen Grundsätzen keine Rolle (außer dass vielfach

Anerkennung für die Zuziehenden verlangt wird). Was zählt ist, wer *da* ist. Das Reinkommen wird erleichtert, über "Seenotrettung" oder andere *Möglichkeiten zur würdevollen, frühzeitigen, selbstbestimmten und sicheren Migration*. Das scheinbar nutzlose Asylverfahren erweist sich dann doch als nützlich, verhindert es doch jegliche Eignungsprüfung, wie sie bei regulären Einwanderungsverfahren stattfinden müsste.

Das ist offensichtlich gewollt. Den Grünen ist es egal, ob rückschrittliche, kulturfremde, reaktionäre oder frauenfeindliche Menschen einwandern. Die vielen Forderungen von dem Programm enthalten auch keinerlei Vorkehrungen gegen die Zuwanderung von antiwestlichen, antijüdischen, kriminellen und islamistischen Asylimmigranten. **Dass sowas nicht reingeschrieben wurde bzw. werden durfte, spricht Bände.**
